NIEDERSCHRIFT Schul/010/2011

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
21.06.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Maggie Rawe

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Vertretung für Frau
Ursula Kratz

Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Frau Brigitte Mollenhauer

Vertretung für Herrn
Bernd Heuermann

Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Ulrich Schlieker

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Reinhard Bernshausen
Herr Dr. Rainer Hertel

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Dirk Eikmeyer
Frau Mechthild Gaußelmann
Frau Barbara van der Wielen

Vortragende Gäste:

Herr Blenke

Thalen consult, zu
TOP 1 ö.S.

Herr Ludger Althoff

zu TOP 5. und 6. ö. S.

Entschuldigt fehlen:

Herr Pfarrer Thomas Ring
Herr Propst Hans-Bernd Ser-
ries

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Herr Gero Tschesche

:

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Frau Rawe stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Rawe weist darauf hin, dass sie zu TOP 3. und 5. befangen sei und den Vorsitz an den stellv. Vorsitzenden abgeben müsse. Um ein Hin und Her zu vermeiden, schlage sie vor, diese beiden Tagesordnungspunkte an den Schluss der Sitzung zu stellen.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Freibad Billerbeck

hier: Gegenüberstellung der Betriebskosten und Entscheidungen zum Betrieb

Herr Blenke vom Planungsbüro Thalen consult nimmt Stellung zu den im HFA bemängelten hohen Energiekosten im sanierten Freibad. Zunächst erläutert er noch einmal die damals vorgestellte Wirtschaftlichkeitsberechnung. Danach habe der Stromverbrauch im Mittel der Jahre 2000 – 2006 237.000 kWh betragen. Hierfür seien unter Zugrundelegung der damaligen Stromkosten Kosten in Höhe von 17.770,80 € pro Jahr entstanden.

Ohne zu wissen, welche Wassertemperaturen im Freibad Billerbeck herrschen, habe er diesen durchschnittlichen Stromverbrauch der Jahre 2000 – 2006 von 237.000 kWh/a hochgerechnet mit dem Preis für Gas. Dabei hätten sich für die Wärmeerzeugung ausschließlich durch Gasheizkessel Kosten in Höhe von 12.110,00 €/a ergeben. Das bedeute eine Kosteneinsparung gegenüber Strom von 5.660,80 €/a.

Bei einer Wärmeversorgung unter Einbeziehung der Solarabsorberanlage, der Flachdachkollektoren und des Gasheizkessels zur Spitzenlastabdeckung ergebe sich bei einem Gesamtjahresbedarf von 237.000 kWh/a eine Kosteneinsparung gegenüber Strom von 12.920,80 €/a, wobei 95.000 kWh/a für die Spitzenlastabdeckung durch den Gaskessel und 142.000 kWh/a für die solare Beckenwasser- und Brauchwassererwärmung zugrunde gelegt wurden.

Gegenüber dieser Theorie habe sich in der Praxis nun ein Verbrauch von 453.000 kWh ergeben, das sei ein Mehrverbrauch von 216.000 kWh. Als Begründung hierfür führe er an, dass in Billerbeck die Saison zu lang und die Wassertemperatur zu hoch seien.

Bei einem Normalbetrieb des Freibades an 125 Tagen und einer Wasser-

temperatur von 22° ergebe sich ein Bedarf von 200 kWh/qm. Bei einer Wasserfläche von 881 qm werde mit einem Faktor von 1,25 gerechnet, so dass sich für die Frischwassererwärmung ein Verbrauch von rd. 220.000 kWh ergeben würde.

Tendenziell würden Freibäder heute ausschließlich Solar beheizt. In Billerbeck sei das Freibad an 150 Tagen geöffnet gewesen, die Wassertemperatur habe 23° betragen. Das bedeute statt 200 kWh/qm = 375 kWh/qm. Das ergebe einen Verbrauch von rd. 413.000 kWh.

Die Nachfrage von Herrn Brockamp, ob vor der Sanierung die Saison kürzer oder die Wassertemperatur niedriger gewesen seien, verneint Herr Mollenhauer, die Vorgaben hätten sich mit der Sanierung nicht geändert.

Herr Brockamp macht deutlich, dass es ihm darum gehe die Zahlen vergleichen zu können und wenn die Saison genau so lang und die Temperatur immer schon 23° betragen habe, könne sich der Mehrverbrauch daraus nicht ergeben haben.

Herr Blenke verdeutlicht anhand von Diagrammen, die Mehrkosten für jedes Grad mehr Wassertemperatur.

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass seit Jahren die Wasser- und Lufttemperaturen sowie die Wetterdaten dokumentiert würden, also Vergleichsdaten vorlägen. Offenbar habe Herr Blenke den Verbrauch 2000 – 2006 von 237.000 kWh für die Vergleichsberechnungen nach der Sanierung zugrunde gelegt.

Das wird von Herrn Blenke bestätigt. Der Verbrauch von 237.000 kWh sei bei einer mittleren Wassertemperatur von 20° entstanden, bei 23° hätte sich ein Verbrauch von ca. 400.000 kWh ergeben. Ihm hätten keine Angaben über Temperaturen und keine weiteren Werte vorgelegen. Er habe sich an dem durchschnittlichen Verbrauch der Jahre 2000 – 2006 orientiert.

Herr Kleideiter entgegnet, dass das Freibad Billerbeck zwar nicht mit anderen Freibädern zu vergleichen sei, aber der Mehrverbrauch nicht mit der Anlage oder dem Wetter begründet werden könne.

Herr Blenke erwidert, dass es nicht an dem Betrieb der Anlage liegen könne, also die Länge der Saison oder die Temperaturen Grund für den Mehrverbrauch sein müssen.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass die Energiekosten gegenüber den Vorjahren deutlich gesenkt werden konnten. Zu bedenken sei, dass über die Gasheizung und z. T. über die Absorberanlagen auch die Warmwasserduschen versorgt werden. Diese würden sehr gut in Anspruch genommen, der Verbrauch betrage geschätzte 50.000 kWh/a. Außerdem sei die Situation in den beiden letzten Jahren besonders gewesen. Wegen der Restarbeiten konnte das Becken im letzten Jahr erst sehr spät gefüllt werden, das gesamte Wasser musste deshalb mit Gas aufgeheizt werden. Danach seien der April und Mai total verregnet gewesen. Jetzt

müsse abgewartet werden, wie sich die Situation in 2011 und 2012 entwickle. Aber es sollte auch über den Komfort gesprochen und überlegt werden, ob das Wasser auf 23° aufgeheizt werden müsse. Auch könne darüber nachgedacht werden, ob das Wasser überhaupt aufgeheizt werden müsse. Ausschlaggebend sei aber die Witterung, die jedes Jahr anders sei. Man könne nicht einfach von der Theorie auf die Praxis schließen.

Herr Bernshausen entnimmt den Ausführungen des Herrn Blenke, dass die Gründe für den hohen Energieverbrauch in dem Betrieb der Anlage liegen sollen, also der Betreiber zuständig sei. Das könne aber doch nicht wahr sein. Schließlich sei eine Solarabsorberanlage eingebaut worden, um den Energieverbrauch zu senken. Jetzt hätten sich die Verbrauchswerte verdoppelt.

Herr Blenke weist darauf hin, dass sich keine Verdoppelung ergeben habe, sondern im Vergleich zu 237.000 kWh jetzt 312.000 kWh verbraucht wurden. Wenn der Verbrauch der Absorberanlage hinzugerechnet werde, sei man bei 420.000 kWh.

Herr Bernshausen meint, dass eigentlich doch der Verbrauch der Absorberanlage abgezogen werden müsse, dann käme man auf rd. 100.000 kWh.

Herr Blenke erläutert, dass sich die Mengen zusammensetzen aus den vergangenen Jahren mit einer Wassertemperatur von 19°. Herr Mollenhauer habe ja erklärt, dass das Wasser komplett aufgeheizt werden musste und dann ergebe sich ein Verbrauch von fast 237.000 kWh. Es sei doch niemals in den vergangenen Jahren versucht worden, von Mai an eine Wassertemperatur von 23° zu halten, das hätte die Anlage auch gar nicht geschafft.

Auch im Hinblick auf die Umweltbelastung sehe er den Mehrverbrauch kritisch, so Herr Bernshausen. Er erkundigt sich, ob denn der Aufwand für das komplette Aufheizen des Wassers zu Mehreinnahmen geführt habe.

Herr Mollenhauer führt aus, dass zur Aufheizung des Wassers zum diesjährigen Saisonbeginn nur die Absorberanlage benötigt wurde und durch das frühe Öffnen erhebliche Mehreinnahmen erzielt wurden.

Herr Kortmann bringt seine Enttäuschung über die eklatanten Mehrkosten zum Ausdruck. Aufgrund der Absorberanlage sollten sich doch Einsparungen ergeben.

Herr Blenke erklärt, dass im Vorfeld lediglich über Heizenergiekosten gesprochen wurde. Er habe nie gesagt, dass im Freibad insgesamt Energie eingespart werden könne. Das gehe auch gar nicht. Das Freibad sei mit einer uralten Technik ausgestattet gewesen, die in keiner Weise den heutigen Ansprüchen genüge. Eine Senkung des Stromverbrauches gebe es in keinem sanierten Freibad.

Frau Mollenhauer macht deutlich, dass der Stadt aufgrund der desolaten Haushaltslage natürlich eine Reduzierung der Unterhaltungskosten des Freibades wichtig sei. Deshalb seien sie natürlich über die hohen Verbräuche verärgert. Kürzere Öffnungszeiten kämen nach ihrer Meinung aber nicht in Frage.

Herr Kösters führt aus, dass mittelfristig eine Wassertemperatur von 23° gehalten werden sollte. Wenn damals von 22° ausgegangen worden wäre, hätten die Berechnungen von Thalen consult anders ausgesehen.

Herr Blenke antwortet, dass er die Verbrauchswerte von 2000 – 2006 zugrunde gelegt habe und welche Wassertemperaturen in dieser Zeit geherrscht haben, wisse er nicht.

Herr Kösters weist Herrn Blenke auf die in seinem Sanierungskonzept angeführte Wassertemperatur von 23° hin.

Herr Blenke entgegnet, dass er die Berechnungen auf den Seiten 44 und 45 unabhängig von einer Temperatur erstellt habe. Bei dem Systemvergleich Invest- und Betriebskosten Sandfilter-VakuumschwemmfILTER auf Seite 46 habe er dagegen eine Wassertemperatur von 23° unterstellt.

Herr Brockamp zitiert aus der Niederschrift über die Schul- und Sportausschusssitzung am 07.08.2007:

„Herr Blenke legt dar, dass die derzeitigen Gesamtkosten für die Wärmeerzeugung 17.700,- €/Jahr betragen. Bei der geplanten Wärmeversorgung mittels Solarabsorberanlage zur Beckenwassererwärmung und Flachdachkollektoren zur Brauchwassererwärmung entstünden Kosten von jährlich 4.850,- €, so dass rd. 12.000,-€/Jahr eingespart werden könnten (siehe Anhang 1 – Wirtschaftlichkeitsberechnung).“

Nachdem Herr Blenke die Richtigkeit dieser Aussage bestätigt, stellt Herr Brockamp fest, dass u. a. aufgrund dieser Berechnungen die Entscheidung zugunsten der Sanierungsmaßnahme gefallen sei.

Herr Schlieker stellt fest, dass Herr Blenke die hohen Verbräuche auf den Betrieb des Bades zurückführe und Herr Mollenhauer dagegen das erstmalige Anheizen des gesamten Beckenwassers und die sehr gute Nutzung der Warmwascherduschen anführe. Er wolle wissen, wo die angekündigten Einsparungen zu finden seien und welches Einsparpotential sich ergebe, wenn die Wassertemperatur von 23° auf 21° gesenkt wird. Dabei sei allerdings zu bedenken, dass niedrigere Wassertemperaturen zu erheblichen Qualitätsverlusten führen.

Herr Dittrich hält die kritischen Nachfragen für berechtigt, weil Einsparungen erwartet worden seien. Bezug nehmend auf die Aussage des Herrn Blenke, dass es Freibäder gebe, die überhaupt nicht zuheizen, wolle er wissen, wie es hier mit der Akzeptanz aussehe.

Herr Blenke führt aus, dass die Freibadbesucher mit Ausnahme der Frühschwimmer sowieso nur kämen, wenn es warm ist und die Sonne 2 – 3 Tage geschienen habe. In diesen 2 – 3 Tagen habe die Absorberanlage

ge das Notwendige getan, damit die Wassertemperatur annehmbar ist. Im Übrigen sei ihm auf Nachfrage mitgeteilt worden, dass die Besucherzahlen nach einer Sanierung erheblich gestiegen seien, obwohl nicht zu geheizt werde.

Herr Kleideiter entgegnet, dass einige Freibäder geschlossen wurden und sich diese Angabe damit relativiere. Nach seiner Meinung sollte überlegt werden, die „Spaßduschen“ abzustellen, um sparen zu können. Außerdem müsse künftig zu Saisonbeginn nicht das komplette Beckenwasser mit Gas aufgeheizt werden, so dass auch hier Einsparungen erzielt werden. Dann müsse vielleicht nicht mehr über eine Reduzierung der Wassertemperatur nachgedacht werden. Außerdem wolle er wissen, ob tatsächlich 600 cbm Wasser umgewälzt werden müssen oder auch bei weniger die Wasserqualität akzeptabel ist.

Die Umwälzung werde in Abhängigkeit von den Besucherzahlen gesteuert, so Herr Blenke. Wenn die „Spaßduschen“ reduziert würden, könnten lediglich 1.000,- € eingespart werden.

Herr Brockamp erinnert an die von ihm zitierte Aussage des Herrn Blenke, dass bei der geplanten Wärmeversorgung mittels Solarabsorberanlage und Flachdachkollektoren rd. 12.000,- € eingespart werden können und bittet um Stellungnahme.

Herr Mollenhauer verdeutlicht, dass die 12.000,- € bei der Heizenergie gespart werden sollten und in diesem Bereich auch gespart werden könne. Er habe schon darauf hingewiesen, dass das Freibad in diesem Jahr aufgrund des warmen Wetters sehr früh geöffnet wurde, es danach aber Wettereinbrüche gegeben habe. Andererseits seien aber auch die Einnahmen zu verzeichnen. Künftig werde eben erst bei entsprechenden Temperaturen geöffnet und die Absorberanlage zum Aufheizen des Wasser ausreiche.

Die Duschintervalle seien bereits reduziert worden. Es werde also alles versucht, das Freibad so günstig wie möglich zu fahren. Wenn bestimmte Verbrauchswerte vorgegeben werden, dann müsse man auch das Wetter bestimmen können.

Herr Dr. Hertel erkundigt sich, ob es bzgl. der Umwälzmenge Vorschriften gebe.

Herr Blenke teilt mit, dass bei 1.000 Besuchern die volle Wassermenge umgewälzt werden müsse. Außerhalb der Nutzungszeit dürfe die Menge auf 50% reduziert werden. Im Betrieb werde die Umwälzung abhängig von der Besucherzahl reguliert.

Herr Dittrich stellt fest, dass die Verärgerung ausreichend zum Ausdruck gebracht wurde. Offenbar habe es im vergangenen Jahr eine besondere Situation gegeben. Man könne nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Er könne sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen, das Freibad nur bei gutem beständigen Wetter zu öffnen und eine Zuheizung mit Gas nur dann vorzunehmen, wenn die Wassertemperatur unter 21° abfällt.

Herr Schlieker erinnert an die von ihm vorgeschlagene Beckenabdeckung. Die Sitzungsvorlage sei in dieser Hinsicht unbefriedigend. Er wolle wissen, ob hierzu wirklich das Amt für Denkmalschutz befragt wurde. Er gehe davon aus, dass eine Abdeckung auch günstiger erworben werden könne. Zudem werfe er die Frage auf, ob die „Luxusvariante“ mit der Versenkung sein müsse. Im Freibad Havixbeck sei eine Abdeckung vorhanden, die 50.000,-- € gekostet haben soll. Er schlage vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu ergänzen. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, bei den Warmwasserduschen nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten zu suchen und in Abstimmung mit dem Amt für Denkmalschutz nach anderen Varianten für die Abdeckung zu suchen.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass ein Standardanbieter von Beckenabdeckungen die Variante oberirdisch mit gut 80.000,-- € geschätzt habe. Hinzu kämen noch bauseits zu erledigende Arbeiten.

Herr Schlieker beantragt, sich mit Havixbeck in Verbindung zu setzen. Die Bedingungen seien vergleichbar.

Frau Köhler stellt den Antrag auf Abstimmung.

Herr Schlieker möchte wissen, ob sein Vorschlag zur Ergänzung des Beschlusses angenommen werde, dann hätte er nichts gegen die Abstimmung.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass sich Herr Blenke auf das Thema „Abdeckung“ vorbereitet habe.

Frau Rawe lässt über den Antrag auf Abstimmung abstimmen. Der Antrag wird **mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt.**

Dann führt Herr Blenke aus, dass eine Abdeckung des Freibades aus seiner Sicht nicht wirtschaftlich sei. Die Fläche, die im Havixbecker Freibad abgedeckt werde, sei um die Hälfte kleiner als in Billerbeck. Das würde auch die Kosten mit 50.000,-- € zu 100.000,-- € erklären. Eine günstigere Variante als die von dem Standardanbieter mit 80.000,---- € + bauseitige Arbeiten bezifferte, gebe es für Billerbeck nicht. Neben den Folienabdeckungen gebe es aber auch Rolladenabdeckungen, die in sichtbarer Form 150.000,-- € kosten. Dabei sei zu bedenken, dass es schwierig sei, den Sprungbereich abzudecken. Außerdem würden bei einer Abdeckung des Beckens nur die Hälfte der Erwärmungskosten, ca. 5.000,-- €, eingespart.

Herr Kortmann möchte nicht über den Vorschlag des Herrn Schlieker bzgl. der Beckenabdichtung abstimmen. Die genannte Einsparung von ca. 5.000,-- € sei ihm ziemlich optimistisch geschätzt und eine Billigversion halte er nicht für richtig.

Herr Dittrich schlägt vor, die Abdeckung aus dem Beschlussvorschlag heraus zu nehmen.

Frau Rawe weist darauf hin, dass man im Herbst wisse, welche Kosten für den Betrieb des Freibades entstanden sind. Im Herbst müssten die Fakten auf den Tisch gelegt werden und dann könne man entscheiden, wie es mit dem Freibad weiter gehen soll.

Herr Schlieker zieht seinen Antrag bzgl. der Abdeckung zurück.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Freibadöffnung im Frühjahr erfolgt nur bei gutem beständigem Wetter mit Temperaturen über 20°. Eine Zuheizung mit Gas erfolgt nur dann, wenn die Wassertemperatur unter 21° abgefallen ist.

Die Verwaltung berichtet im Herbst über die Kosten der diesjährigen Badesaison einschl. der Warmwasserduschen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Sachstandbericht zur Gemeinschaftsschule Billerbeck

Frau van der Wielen berichtet, dass einige Gemeinschaftsschulen wegen der Klagen vor dem Oberverwaltungsgericht nicht starten können. Die Gemeinschaftsschule in Billerbeck sei hiervon nicht betroffen. Die Schule könne wie geplant zum neuen Schuljahr mit 95 Kindern starten. Ein Billerbecker Kind sei noch hinzu gekommen. Inzwischen habe auch das Gründungskollegium getagt. Am nächsten Montag finde der Kennenlernnachmittag für die Schüler statt, die sich für die neue Schule angemeldet haben. Derzeit werde die homepage für die Gemeinschaftsschule errichtet.

Herr Messing informiert die Ausschussmitglieder über ein an die Bezirksregierung Münster gerichtetes Schreiben der Schulpflegschaft der Geschwister-Eichenwald-Realschule, in dem es um die Aufrechterhaltung des Schulstandards der Realschule gehe. Auf die hierin angesprochenen Personalangelegenheiten werde er in nichtöffentlicher Sitzung eingehen. In der nächsten Woche finde ein Gespräch mit Vertretern der Schulpflegschaft statt.

Frau Rawe greift den Vorschlag von Herrn Messing auf, im nichtöffentlichen Teil hierüber zu beraten und bittet die Verwaltung, die Elternvertreter in dem nächste Woche stattfindenden Gespräch über die heutige Beratung zu informieren.

3. Aktuelle Informationen zum Stadtlinienverkehr

Herr Messing erläutert die Fahrzeiten der Schulbusse ab dem Schuljahr 2011/12 und die künftig wegfallenden Fahrten (**Anlage 1**). Er weist darauf

hin, dass sich aufgrund der 60 Minuten Unterrichtsstunden an der Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschule für die Grundschul Kinder, die mit dem Bus fahren, eine spätere Abfahrzeit ergebe. Sie müssten nach der 6. Stunde 25 Minuten bis zur Abfahrt des Busses um 13:45 Uhr warten.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass der Bus aus Coesfeld häufig später als 13:45 Uhr in Billerbeck eintreffe und die Schüler aus Coesfeld den Anschluss-Bus verpassten. Er bitte die Verwaltung, den Busunternehmer aufzufordern, auf den Coesfelder Bus zu warten.

Herr Messing erwidert, dass es in der Vergangenheit aufgrund der Baustellen in Coesfeld zu Verspätungen gekommen sei, inzwischen die Fahrzeiten aber eingehalten werden. Dennoch werde er die Busunternehmen noch einmal darauf hinweisen, dass sie auf den Coesfelder Bus warten müssen.

Frau Köhler hält eine 25-minütige Wartezeit für Grundschüler für ziemlich lang und erkundigt sich, ob an der Grundschule schon einmal über die Einführung der 60 Minuten Unterrichtsstunde nachgedacht worden sei.

Herr Eikmeyer teilt mit, dass dies bisher noch kein Thema gewesen sei, er aber das Thema grundsätzlich im Kollegium zur Diskussion stellen werde.

Frau Mollenhauer hält es für wichtiger darüber nachzudenken, ob die Grundschul Kinder die längeren Wartezeiten verkraften könnten als über den Wegfall von Schulbusfahrten zu diskutieren.

Herr Kösters weist darauf hin, dass die Kinder in 25 Minuten mit dem Fahrrad bereits zu Hause auf der Beerlage sein könnten.

Herr Eikmeyer betont, dass die Kinder selbstverständlich während der 25-minütigen Wartezeit am Busbahnhof beaufsichtigt werden müssten. Um die Wartezeit zu verkürzen, müssten evtl. die Pausenzeiten verändert werden. Hierüber habe er aber noch nicht mit dem Kollegium gesprochen.

Frau Rawe fasst zusammen, dass der Schulausschuss es für wichtig erachtet, dass die Grundschüler nicht 25 Minuten warten müssen, sondern die Schule durch Veränderung des Stundenplanes versuchen müsse, die Wartezeit auf 15 Minuten zu verkürzen.

4. Überlegung zum zukünftigen Standort des Jugendzentrums

Frau Mollenhauer bringt zum Ausdruck, dass sie sehr erfreut darüber sei, dass sich die Räumlichkeiten in der Realschule so gut als künftiger Standort des Jugendzentrums eignen. Die offene Jugendarbeit werde insgesamt von dem Schulstandort profitieren, wobei eine strikte Abtrennung der Räumlichkeiten des Jugendzentrums und der Realschule unbedingt gewährleistet sein müsse.

Herr Dittrich hält eine anderweitige Unterbringung des Jugendzentrums für längst überfällig. Er könne ein Jugendzentrum im Souterrain des Realschulgebäudes nur befürworten.

Herr Schlieker unterstreicht, dass die Unabhängigkeit gewährleistet sein müsse und das Jugendzentrum strikt von der Realschule getrennt werden müsse.

Frau Köhler hält die Räumlichkeiten nur für bedingt geeignet. Die Räume im Pavillon seien barrierefrei, zudem gebe es dort ein Behinderten-WC.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass auch das Realschul-Souterrain barrierefrei zugänglich sei und ein Behinderten WC eingerichtet werden könnte.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung des Jugendzentrums im Souterrain des Realschulgebäudes gemeinsam mit allen Beteiligten insbesondere den Jugendlichen weiter zu entwickeln.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Kooperationsvertrag über das Angebot der Schulsozialarbeit in der Stadt Billerbeck

Frau Rawe erklärt sich für befangen. Sie übergibt den Sitzungsvorsitz an Herrn Schlieker und begibt sich in den Zuschauerraum. Sie nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Bernshausen weist darauf hin, dass die gewünschte Qualifikation für die Fachstelle Schulsozialarbeit und die Vertragslaufzeit präziser benannt werden sollten.

Herr Messing erläutert, dass zwischen der Verwaltung und dem Träger Einigkeit darüber bestehe, dass die Stelle eines Dipl. Sozialpädagogen bzw. einer Dipl. Sozialpädagogin ausgeschrieben werde. Es sei aber nicht unüblich, solche Stellen mit Erzieher/innen mit langjähriger Berufserfahrung und entsprechendem Tätigkeitsfeld zu besetzen. Aufgrund der bisherigen Nachfragen sei er zuversichtlich, die Stelle mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin mit entsprechendem Studium besetzen zu können. Bzgl. der Vertragslaufzeit könnte „möglichst“ gestrichen werden, so dass die Kündigungsfrist 6 Monate zum Schuljahresende betrage.

Frau Mollenhauer begrüßt die vorgesehene Stellenbesetzung mit 2 Personen, so seien auch Urlaubs- und Krankheitszeiten abgedeckt. Eine präzise Aufteilung der Stunden auf die verschiedenen Schulen von Anfang an, halte sie dagegen für zu starr. Der oder die Schulsozialarbei-

ter/in müsse sich doch immer bei akuten Anlässen einbringen.

Herr Messing weist darauf hin, dass eine jährliche Anpassung der Stundenverteilung vorgesehen sei. Wenn sich herausstelle, dass Verschiebungen erforderlich seien, könne immer situativ reagiert werden.

Frau Köhler findet es gut, dass die Stelle auf 2 Personen aufgeteilt werden soll, wenn dann noch ein Mann und eine Frau eingestellt würden, sei das umso besser. Die prozentuale Stundenaufteilung auf die Schulen sehe sie nicht als problematisch an, da je nach Situation reagiert werden könne. Sie vermute, dass die Schulen sehr schnell feststellen werden, wie nützlich die Schulsozialarbeit ist.

Frau van der Wielen äußert dagegen Bedenken gegen die prozentuale Stundenaufteilung. Sie wolle kein starres Gerüst. Die Kollegen sollten frei sein in ihrer Entscheidung, sonst werde es ein Gezerre geben. Die Schulen sollten ihre Probleme melden und die Mitarbeiter sollten eigenständig über ihren Einsatz entscheiden.

Herr Dittrich stimmt Frau van der Wielen zu. In den Vertrag sollte aufgenommen werden, dass die Verteilung der Stunden nicht nur aufgrund der Schülerzahlen, sondern auch flexibel, der akuten Situation angepasst, erfolgen soll.

Herr Messing schlägt vor, eine entsprechende Öffnungsklausel in den Vertrag aufzunehmen.

Frau Gaußelmann bezieht sich auf die Formulierung im Vertrag, dass Schulsozialarbeit die Schule nicht von schulischen Aufgaben des Unterrichtens entlaste. Sie meine, dass es doch um die Entlastung von den schulischen Aufgaben des Erziehens gehe.

Herr Messing erläutert, dass mit der Vertragsformulierung klar gestellt werde, dass es keine Vereinnahmung des/der Schulsozialarbeiters/in in das System Schule geben soll.

Frau Mollenhauer schlägt vor, mit der prozentualen Stundenaufteilung zunächst einmal zu beginnen. Nach einiger Zeit sollte berichtet werden, an welcher Schule der Handlungsbedarf am größten war. Ggf. könne dann die Stundenaufteilung festgezurrert werden.

Frau van der Wielen spricht sich für eine Herausnahme der prozentualen Aufteilung aus dem Vertrag aus. In dem Vertrag sollte zum Ausdruck kommen, dass allein die Stelleninhaber über ihre Arbeit entscheiden.

Auf Anregung von Herrn Messing wird Herrn Althoff als Vertreter des Trägers der Schulsozialarbeit Rederecht erteilt.

Herr Althoff erläutert, dass es eine allgemein gültige Definition von Schulsozialarbeit nicht gebe. Der Kreis Coesfeld sei zurzeit damit beschäftigt, im Rahmen eines Arbeitskreises ein Konzept Schulsozialarbeit zu gestal-

ten. Dabei sei deutlich geworden, dass es sich bei der Schulsozialarbeit um die Arbeit handele, die sich an der jeweiligen Schule entwickle. Er sei bereit, in enger Kooperation mit den Schulen den Entwicklungsweg mitzugehen. Insofern komme ihm der Vorschlag von Frau van der Wielen nach einer hohen Selbständigkeit der Stelleninhaber sehr entgegen. Aber um gleichzeitig die Stelleninhaber zu schützen, sollte auch ein Rahmen definiert werden.

Er halte es für besonders wichtig, mit 35% für die Grundschule zu beginnen, weil die Schüler/innen so von Anfang an begleitet würden.

Herr Dittrich schlägt vor, den Vertrag dahingehend zu ändern, dass der Verteilungsschlüssel kontinuierlich den Schülerzahlen und dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird.

Herr Dr. Hertel schlägt folgende Formulierung vor: „Im Bedarfsfall kann von diesem Verteilerschlüssel abgewichen werden.“

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung und spricht sich für den Vorschlag von Herrn Dittrich aus.

Frau Köhler spricht sich für die prozentuale Stundenverteilung aus, da diese auch dem Schutz der Stelleninhaber diene. Wenn es diese Aufteilung nicht gebe, könne immer jemand behaupten, dass an einer bestimmten Schule mehr gearbeitet wurde.

Der stellv. Ausschussvorsitzende Herr Schlieker lässt über den Antrag auf Abstimmung abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

Daraufhin stellt Herr Schlieker den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den besprochenen Änderungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der vorliegende Kooperationsvertrag über das Angebot der Schulsozialarbeit in der Stadt Billerbeck wird mit den besprochenen Änderungen bzgl. der Vertragslaufzeit (6 Monate zum Schuljahresende) und der Ergänzung bzgl. der Stundenverteilung (kontinuierliche Anpassung an Schülerzahlen und dem tatsächlichen Bedarf) geschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Änderung des Kooperationsvertrages mit dem Träger des außerunterrichtlichen Angebotes über die Durchführung der offenen Ganztagschule im Primarbereich

Zur Klarstellung erläutert Herr Messing noch einmal die Finanzierung des außerunterrichtlichen Angebotes (**Anlage 2**).

Herr Dittrich begrüßt es, dass das Land mehr Geld zur Verfügung stellt und dies der Stadt zugute komme. Die vorgeschlagene Veränderung bei den Beitragsstufen halte er für sozial gerechter. Er stimme dem Verwal-

tungsvorschlag zu.

Herr Brockamp stimmt dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu.

Herr Schlieker äußert dagegen sein Unverständnis über den Verwaltungsvorschlag. Er halte es für völlig indiskutabel das vom Land für die Kinder zur Verfügung gestellte Geld zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Außerdem sei der Zuschuss je Kind, den der Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Billerbeck e. V. erhalte, noch nie erhöht worden. Die CDU-Fraktion, die sich die Familienfreundlichkeit auf die Fahne geschrieben habe, sollte die in Billerbeck mit sehr viel Erfolg arbeitende OGS mit den entsprechenden Mitteln ausstatten. Das müssten nicht 115,- €/Kind mehr sein, aber 15,- € seien deutlich zu wenig. Er beantrage, die Erhöhung mindestens zur Hälfte an den Träger weiter zu geben. Mit diesem Betrag könnte dann eine 400,-€-Kraft eingestellt werden.

Herr Brockamp geht davon aus, dass der Zuschuss bisher für den Träger auskömmlich gewesen ist und schon an der Obergrenze liege.

Herr Althoff legt dar, dass 25% der Träger deutlich mehr als der OGS Billerbeck zur Verfügung gestellt würden. Er appelliere an die Ausschussmitglieder eine andere als die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung zu finden.

Herr Dittrich äußert Verständnis für die Argumentation des Herrn Schlieker, kann dieser aber im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt nicht folgen. Auch wolle niemand die gute Arbeit der OGS schmälern.

Herr Eikmeyer unterstreicht, dass die Grundschule täglich von der guten Arbeit und Kooperation mit der OGS profitiere. Er rate dringend, das vom Land zusätzlich zur Verfügung gestellte Geld der OGS zugute kommen zu lassen und weist darauf hin, dass die Kinder, die in der Ludgerischule beschult werden und zur OGS gehen, eine Begleitung brauchten und diese bisher durch Zivildienstleistende sichergestellt wurde. Diese Lösung gebe es durch den Wegfall des Zivildienstes nicht mehr.

Herr Brockamp stellt heraus, dass es sich um eine freiwillige Leistung handele und erinnert daran, dass leider auch bei der Schulsozialarbeit gespart werden musste. Sie seien nicht nur für die Schulen, sondern für ganz Billerbeck zuständig.

Frau Köhler wirft ein, dass sie sich sehr dagegen gewehrt habe, den Zivildienstleistenden für die Betreuung auf dem Weg von der Ludgerischule zur OGS einzusetzen, weil dieser eigentlich für den sonderpädagogischen Bedarf zuständig war. Also stehe in diesem Bereich noch eine Lösung an, die finanziert werden müsse.

Herr Schlieker gibt noch einmal zu bedenken, dass der Zuschuss an die OGS in den letzten 6 Jahren nicht erhöht wurde. Zumindest die Hälfte der erhöhten Landeszuwendung sollte der OGS zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dittrich möchte die Angelegenheit vor der endgültigen Beschlussfassung im Rat noch einmal in der Fraktion besprechen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass bei einer andern Aufteilung auch über die Elternbeiträge diskutiert werden müsse.

Herr Dittrich beantragt, heute keinen Beschluss zu fassen und noch einmal in den Fraktionen zu beraten.

Der Antrag wird mit **5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Herr Schlieker stellt den Antrag, die Hälfte der erhöhten Landesmittel an die OGS weiter zu leiten.

Da dieser Antrag weitergehender als der Beschlussvorschlag der Verwaltung ist, wird zunächst hierüber abgestimmt.

Der Antrag des Herrn Schlieker wird mit **5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Dann wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die §§ 7 und 10 des Kooperationsvertrages über die Durchführung des außerunterrichtlichen Angebotes werden wie folgt geändert:

§ 7 Finanzierung

Der Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Billerbeck e.V. erhält von der Stadt Billerbeck eine Pauschale entsprechend dem RdErl. des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.03.2003 in der Fassung vom 23.12.2010 „Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich“ von 935,00 € je Kind bzw. 1.890,00 € je Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Darüber hinaus zahlt die Stadt Billerbeck einen Zuschuss in Höhe von **1.000,00 €** je Kind unter Anrechnung der Kostenbeiträge durch die Eltern.

§ 10 Kostenbeiträge

Die Stadt als Schulträger erhebt von den Eltern einen monatlichen Kostenbeitrag von 125,00 € je Kind. Wird von den Eltern ein niedrigeres zu versteuerndes Einkommen als 70.000,00 € nachgewiesen, werden die Kostenbeiträge der Eltern vom Schulträger wie folgt festgesetzt:

Zu versteuerndes Jahreseinkommen	Elternbeitrag je Kind/Monat
bis 15.000,00 €	25,00 €
über 15.000,00 € bis 25.000,00 €	40,00 €
über 25.000,00 € bis 45.000,00 €	70,00 €
über 45.000,00 € bis 70.000,00 €	100,00 €
über 70.000,00	125,00 €

Stimmabgabe: 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

7. Mitteilungen

Keine

8. Anfragen

Keine

Maggie Rawe

Ausschussvorsitzende

Ulrich Schlieker

stellv. Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann

Schriftführerin